

Bezugsgebühr:

Die Zeitung...
Telegraphische Adressen:
Hauptstadt Dresden.

Dresdener Nachrichten

Anzeigen-Carif.

Entnahme von Anzeigen...
Hauptstadt Dresden.

Der Detail-Verkauf der Damenhut-Fabrik
Altmarkt 6 J. M. Korschatz, Hoflieferant
bietet in geschmackvoller Ausführung ungarische und garnirte Hüte nach eigenen, sowie Pariser, Londoner und Wiener Modellen.

Weihnachts-Ausstellung
Prager Strasse 26 Adolf Näter
Fabrik feiner Lederwaren.

Gummischeuhe
Sohlen u. Absatzplatten
la. Gummilösung, Übergummil für Grossisten und Reparaturen.
Wettinerstrasse 26 Reinhardt Leupolt, Dresden-Kemnitz.

Julius Schädlich
Am See 16, part. u. I. Et.
Beleuchtungs-Gegenstände
für Gas, elektr. Licht, Petroleum, Kerzen.

Tuchwaren. Lager hochfeiner deutscher u. englischer eleganter Anzug-, Hosen- u. Paletotstoffe Hermann Pörschel, Scheffelstrasse 19.

Nr. 340. Spiegel: Deutsch-tschechische Verständigungsaktion. Dolmetscher, Papstfeier, Ingenieure u. Wirtschaftliche Literatur: Dienstag, 9. Dezember 1902.

Die deutsch-tschechische Verständigungsaktion.

Der langen, fast unübersehbaren Kette von Verleichen, die deutsch-tschechischen Nationalitätsfragen zu lösen, wenigstens insoweit, daß sie als Hauptstein des Antostes für die parlamentarische Tätigkeit des Wiener Reichsrates ausgeschaltet werden und diesen so zur Erledigung der dringenden, das ganze Oesterreich betreffenden staatlichen und wirtschaftlichen Nothwendigkeiten befähigen, hat sich ein neues Glied angefügt. Die deutsch-tschechischen Reichsrathsabgeordneten, die der Fortschrittspartei, der Volkspartei und dem verfassungstreuen Großgrundbesitzer angehören, haben Standräthe ausgesprochen, die bei der Regelung der böhmischen Sprachfragen als Grundlage der Verhandlungen zwischen den Deutschen und den Tschechen dienen sollen. Dieser neue Versuch, eine Verständigungsaktion zwischen den Vertretern der beiden Volksstämme Böhmens anzubahnen, um zu einem dauernden Frieden und wieder zu einer ersprießlichen Wirksamkeit des Reichsrates zu gelangen, hat vor allen seinen Vorgängern den sehr wesentlichen Vorzug voraus, daß die innerpolitische Situation, in der er erfolgt, zu seinem Gelingen geradezu drängt.

Wie wohl seit den ungeliebten böhmischen Sprachverordnungen war der Augenblick zur Verbeiführung des Friedens zwischen Deutschen und Tschechen günstiger, als der gegenwärtige. Mit Ausnahme jener radikalen Elemente in beiden Volkslagern, denen nicht das positive Arbeiten, sondern vielmehr das agitatorische Bedürfnis Lebenszweck ist, der durch die Beilegung des Kriegszustandes naturgemäß gehemmt und gefährdet werden muß, harret das ganze Volk in Cisleithanien, ohne Rücksicht auf Nationalität und Parteizugehörigkeit, seit geraumer Zeit der Lösung der großen Fragen, von denen die politische und besonders die wirtschaftliche Zukunft der ganzen Oesterreichischen Monarchie abhängt. Nach einer Leukerung des Führers der Polen, v. Naporski, sehen sich acht Zehntel der Bevölkerung Oesterreichs nach parlamentarischer Arbeit. Mit dem deutsch-tschechischen Verständigungsversuche haben die wichtigsten wirtschaftlichen Interessen auf dem Spiele. Unerledigt sind der Ausgleich mit Ungarn und die hiermit unmittelbar zusammenhängenden Zoll- und handelspolitischen Fragen. Die wirtschaftliche Nothlage erheischt mit fast gebieterischer Nothwendigkeit die alsbaldige Feststellung des neuen autonomen Zolltarifs, des Hülfes in den bevorstehenden Handelsvertragsverhandlungen, sowie die Beantwortung der Frage, ob die beiden Staatshälften des Oesterreichs auch weiterhin eine wirtschaftliche Einheit bilden sollen. Letzten auch die neuesten deutsch-tschechischen Ausgleichsversuche nicht auf einen gangbaren Weg, der endlich aus dem trostlosen Zustande der parlamentarischen Verjüngung und des legislativen Stillstandes herausbringt, so ist alle Hoffnung dahin, daß das gesammte innerpolitische Leben in Oesterreich in absehbarer Zeit wieder gehandelt. Wenn die böhmischen Einigungsverhandlungen scheitern, was gleichbedeutend ist mit der Fortdauer der Obstruktion im Wiener Reichsrathe und dessen Aktionsunfähigkeit, so ist ein abermaliges absolutistisches Intermezzo unausweichlich. Was bleibt denn Herrn von Koerber noch Anderes übrig, als abermals mit Hilfe des Reichstagsparagraphe 14 zu regieren, nachdem seine mit beispielloser Langsamkeit fortgesetzten Bemühungen, das Parlament zu retten und so den verfassungsmässigen Zustand aufrecht zu erhalten, in Folge der Haltungslosigkeit gerade der parlamentarischen Faktoren, denen er helfen will, nicht an's Ziel gelangt sind? Einmal muß sich selbst eine so heroische Schuld, wie sie der österreichische Ministerpräsident bewiesen hat, erschöpfen. Für den Fall, daß die parlamentarische Maschine nicht in Gang zu bringen ist, hat Herr von Koerber ein längeres Provisorium des Absolutismus mit Hilfe des § 14 bereits in Aussicht gestellt. Es muß immerhin als ein Segen betrachtet werden, daß die Verfassung der Regierung ohne Weiteres eine solche Hilfe gewährt, falls sich das Parlament selbst als das unüberwindliche Hindernis nicht nur für die konstitutionelle, sondern für die Führung der Regierungsgeschäfte überhaupt erweist. Der Artikel 14 verhindert schwerere Katastrophen, indem er sofort, ohne andere absolutistische Regierungsexperimente nötig zu machen, über die parlamentarische Zeit hinweghilft.

Die Verständigungsversuche der deutsch-tschechischen Reichsrathsabgeordneten lassen den entscheidenden Willen, den Weg zum Frieden zu finden, so deutlich erkennen und sie schließen ein so großes Maß von Entgegenkommen, Nachgiebigkeit und Verhältnissinn ein, daß sich, wenn trotzdem ihre Initiative erfolglos bleibt, die Ueberzeugung aufdrängen muß, durch Verhandlungen zwischen Deutschen und Tschechen sei ein friedlicher Zustand in Böhmen überhaupt niemals zu erzielen. Daß die deutschen Vertreter Böhmens bei der Feststellung der Einigungsgrundzüge mit ihrer Nachgiebigkeit bis an die äußersten Grenzen gegangen sind, jenseits deren die schwere Verantwortlichkeit deutscher Lebensinteressen und die ernste Verantwortung des staatlichen Gesamtwohlens liegen, ergibt sich daraus, daß die deutsche Hauptforderung nach gleichzeitiger Festlegung der deutschen Sprache als Staatssprache bis auf Weiteres zurückgestellt, dagegen der tschechischen Hauptforderung nach Einführung der inneren tschechischen Amtssprache im Rahmen des konkreten Bedürfnisses vollständig Rechnung getragen wird. Die deutschen Ver-

treter schlagen zu diesem Zwecke eine Verwaltungsreform vor, und zwar eine Decentralisirung der Verwaltung des Königreichs Böhmen dergestalt, daß durch Einführung der Kreisvertheilung eine nationale Abgrenzung der Bezirke bewerkstelligt wird, die beiden Volksstämmen eine selbstständige freie Entwicklung neben einander ermöglichen soll. Die Kreisvertheilung nämlich soll so erfolgen, daß die Kreise möglichst von einer Bevölkerung besetzt sind, die der tschechischen Nationalität angehört, damit jeder Volksstamm einen großen Theil seiner Angelegenheiten selbstständig, ohne mit dem anderen in Konflikt zu kommen, regeln kann. Auf diese Weise würde sich der Grundgedanke der nationalen Gleichberechtigung verwirklichen lassen. Die Kreisvertheilung soll ferner praktisch den Verzicht der Deutschen auf die Germanisation in den tschechischen Gebieten und den Verzicht der Tschechen auf die Durchführung der staatsrechtlichen Theorie bedeuten, wonach auch die deutschen Kreise als gemischtsprachig behandelt werden sollen. Staats- und autonome Behörden sollen sich nach den deutschen Vorschriften im inneren wie im äußeren Dienste der Sprache ihres Amtsbezirktes bedienen. Für die etwa noch immer auch bei der nationalen Kreisvertheilung verbleibenden Minoritäten soll dadurch gesorgt werden, daß sich bei jeder Vertheilung des betreffenden Verwaltungsgebietes ein Beamter vorfinden muß, der ihrer Sprache vollkommen mächtig ist. Auch wo keine nationale Minderheit besteht, sollen Eingaben in der anderen Landessprache angenommen werden. Damit soll für sämtliche tschechischen Kreise die Frage der inneren Dienstssprache gelöst sein.

Nachdem abgelehnt hat diese Verständigungsversuche der Deutschen der Radikalfraktion in beiden Lagern. Die Tschechen beharren auf ihrem Standpunkte, vor gleichzeitiger Festlegung der deutschen Sprache als Staatssprache in ganz Oesterreich auf Verständigungsversuche nicht einzugehen. Ebenso wenig wollen die extremen tschechischen Parteilagern von diesen Einigungsversuchen etwas wissen; die tschechischen Agitatoren und die tschechischen Sozialisten sehen jede Annäherung auf der Grundlage dieser Vorschläge als einen Niedergang des staatsrechtlichen, nationalen und politischen Bewusstseins der Vertreter des tschechischen Volkes im Reichsrathe an. Dagegen haben die Jungtschechen, die in der Verständigungsfrage den Ausschlag geben, die ihnen in ethischer Aufrichtigkeit dargebotene Hand nicht zurückgewiesen; zwar erklärten sie die deutschen Verständigungsgrundzüge zumeist für unannehmbar, aber zugleich erboten sie sich, ihrerseits einen Einigungsentwurf auszuarbeiten, mit anderen Worten: sie wollen die Verhandlungen mit den Deutschen fortsetzen. Das ist ein günstiges Zeichen, das der Hoffnung Raum läßt, daß schließlich zwischen den deutschen Vorschlägen und den jungtschechischen Gegenvorschlägen noch ein brauchbares Kompromiß zu Stande kommt.

Neueste Drahtmeldungen vom 8. Dezember.

(Nacht eingehende Telegramme befinden sich Seite 4.)
Berlin. Das Ultimatum Deutschlands und Englands an Venezuela wurde gestern in Caracas überreicht.
Berlin. (Priv.-Tel.) Zu den Zollverhandlungen im Reichstoge bemerkt die Deutsche Tageszeitung: Wir sind nicht in der Lage, unseren Standpunkt preiszugeben. Wir werden den Antrag Karduff und die Zolltarifvorlage im Ganzen ablehnen.
Berlin. (Priv.-Tel.) Der kaiserliche Regierungsrath Dr. Adolph, Mitglied des Gesundheitsamtes, ist zum Direktor im Gesundheitsamt ernannt worden. — Der Arzt Dr. Koeber in Wiesbaden erhielt das Ritterkreuz 1. Klasse des Sächsischen Albrechtsordens. — Die Meeresverwaltung hatte in einer jüngst an die Truppenbehörde ergangenen Verfügung die Verwendung von Erzeugnissen der deutschen Kolonien empfohlen, insbesondere wird darauf hingewiesen, daß Kaffee, Thee, Cacao, Speiseöl und mancherlei andere Waaren aus den deutschen Kolonien sehr wohl die gleichen Ergebnisse aus fremden Ländern erzielen könnten.
Berlin. (Priv.-Tel.) Der Präsident der im Jahre 1904 zu St. Louis stattfindenden Welt-Ausstellung, David H. Francis, hat am Sonnabend am Kaiser Wilhelm die formale Einladung abgelehnt, die Ausstellung zu besuchen oder den Kronprinzen als Vertreter zu entsenden. — Kontradmiral v. Wittgenstein u. Gaffron ist zum Inspektor der 2. Marine-Inspektion ernannt worden. — Der bisherige Inspektor Admiral v. Kirchhoff, und Kapitän Stiege, zuletzt Kommodore auf der ostasiatischen Station, sind zur Disposition gestellt. — Der Herzog von Sachsen-Altenburg wird, sobald die letzte seine Abreise von Berlin gestattet, sich nach kurzem Aufenthalt in Altenburg zur Krönung seiner Gemahlin nach San Remo begeben, wo bereits eine Wohnung gemietet ist. — Der preussische Eisenbahnminister hat die sämtlichen Präsidenten der ihm unterstellten Eisenbahndirektionen zum 9. d. M. hierher berufen, um mit ihnen eine Reihe schwebender Fragen, welche im Wege mündlicher Verhandlungen schneller, wirksamer und einheitlicher, als durch Schriftwechsel erledigt werden können, in gemeinamer Tagung zu erörtern.
Leipzig. (Priv.-Tel.) Das Reichsgericht verwarf die Revision des Direktors der Heilbronner Gewerbebank, Christian Fuchs, der am 10. Oktober wegen Debitunterfügung, betrügerischen Bankrotts usw. zu 8 Jahren Zuchthaus verurtheilt worden war.
Riel. An das Komitee für die geltrige Gedächtnisfeier in der Germania-Werft ist folgende Antwort des Kaisers gelangt: Den zur Gedächtnisfeier versammelt gewesenen Beamten und Arbeitern der Friedrich Krupp'schen Germania-Werft danke ich herzlich für den Ausdruck des Dankes für meine Theilnahme an dem Gedenktage ihres Oheis. In dem durch ebrole Angriffe

dahingeworferten Herrn Krupp habe ich sowohl den seltenen Mann wie einen treuen Freund betrauert. Wilhelm, I. K.
Riel. (Priv.-Tel.) Auf das Beileidtelegramm, das die Angehörigen der Germania-Werft anlässlich der Trauer- und Gedächtnisfeier für Alfred Krupp an Frau Krupp gerichtet haben, ist von der Letzteren folgende Antwort eingegangen: Die Nachricht von der großen, einmüthigen Trauerfeier hat mich sehr unangenehm, lieblichen Mann hat mich und meine Töchter auf das Tiefste bewegt und uns in unserem Schmerze sehr wohl gethan. Daß für die Liebe und Aurliebe, die der Demgegenüber seinen Verlangungen von ganzem Herzen entgegengebracht, ihm in deren Kreise ein ehrendes und liebendes Gedächtnis bewahrt bleiben wird, ist uns ein großer Trost, und mein und meiner Kinder Betheben wird es sein, in seinem Sinn und seinem Beispiel weiter zu wirken. Uebermitteln Sie, bitte, allen Verlangenen, die an der Gedächtnisfeier sich betheiligen haben, meinen und meiner Töchter aus tiefstem Herzen kommenden Dank für Ihre warme Theilnahme und treue Gefinnung, deren Betheiligte für den Entschlafenen das schönste Denkmal ist. Margarethe Krupp.
Esnabrid. (Priv.-Tel.) Bei einem Diebstahl in dem benachbarten Orte Esnabrid wurden 8000 Mark entwendet.

Weimar. (Priv.-Tel.) Die hier tagende Landesinnobere der evangelischen Kirchen beschloß in ihrer letzten Sitzung mit großer Majorität die Aufhebung der bisherigen kirchlichen Einrichtungen bei Feuerbestattungen in Großherzogthum und die Beschneidung der Mitwirkung der Kirche bei Feuerbestattungen, sowie Beilegung von Acheuten auf den Friedhöfen.

Frankfurt a. M. (Priv.-Tel.) Auf Veranlassung des Legationsrates Artherrn v. Gaudin, ehemaliger erster Sekretär bei der deutschen Botschaft in London, findet am 15. Dezember im Hotel Imperial, hier, eine Zusammenkunft einflussreicher Persönlichkeiten aus der Provinz Hessen, Nassau, dem Großherzogthum Hessen und den angrenzenden, bayerischen, württembergischen, badischen und preussischen Gebieten statt, in der es sich um Begründung und Organisation einer neuen politischen Partei, einer „Reichspartei“, handelt. Die neue Partei soll selbstständig durch Aufstellung von Kandidaturen in die Wahlen zum Reichstoge und Landtage eingreifen, und alle diejenigen Wählerkreise in sich aufnehmen, die gewonnen sind, einerseits sowohl den „Reichspartei“, als auch andererseits den Sozialdemokraten angeschlossen die Stimm zu geben, und die kaiserliche Politik, namentlich in Zoll-, Konsum-, Meeres- und Marine-Fragen zu unterstützen. Gerade der jetzigen Zeitpunkt halte man für besonders geeignet zur Gründung dieser vielertheilten Mittelpartei, da nach Ansicht derjenigen, die sie gründen wollen, überall Muthwill über die alten Parteien herrscht. Herr von Gaudin wird sich in einem persönlichen oder telegraphischen Briefe als Kandidat für den Reichstog aufstellen lassen. Angehlich wird die neue Partei in allen Wählerkreisen Deutschlands bei den nächsten Reichstagswahlen Kandidaten aufstellen.

München. (Priv.-Tel.) Nach der glücklich erfolgten am Staatssekretär Nieberding vorgenommenen Staroveration nimmt der Heilungsprozess einen durchaus normalen Verlauf. Der Staatssekretär wird noch mehrere Wochen in der Universitäts-Klinik zubringen müssen, dann aber aller Wahrscheinlichkeit nach im Stande sein, seine Thätigkeit in vollem Umfange wieder aufzunehmen.

Wien. (Priv.-Tel.) Wie die „Montags-Revue“ meldet, wird Oesterreich-Ungarn den Handelsvertrag mit Italien am 31. Dezember kündigen, den mit Deutschland jedoch nicht, weil aus den neuesten Berliner Nachrichten zu entnehmen sei, daß, um Zeit und Ruhe zu den neuen Verhandlungen zu gewinnen, wohlwollend eine automatische Verlängerung des jetzt bestehenden Vertrags auf ein Jahr eintreten werde.

Paris. Präsident Loubet empfangt heute Vormittag den bisherigen ersten Sekretär der deutschen Botschaft, Legationsrath v. Schlozer.

Paris. (Priv.-Tel.) Aus Naccio wird berichtet, daß die dortigen Reichsrathsmitglieder erwidert sind, und die Bevölkerung sich in großer Aufregung befindet, da der Schiffahrtsverkehr in Folge des Ausstandes einstellt ist.

Nizza. (Priv.-Tel.) Gegen einen englischen Offizier, der ein Postpaket ausgegeben hatte, in dem angeblich Granaten enthalten sein sollten, bei dessen Öffnung durch die Kriminalbehörde aber zwei geladene Granaten und eine Anzahl Patronen gefunden wurden, ist ein gerichtliches Verfahren eingeleitet worden.

Marseille. (Priv.-Tel.) Der Sekretär der ausländischen Seelente hat heute an mehrere Sondirte der eingeschriebenen Seelente telegraphisch das Gesuchen gerichtet, sich unverzüglich dem Ausstande anzuschließen.

Rom. (Priv.-Tel.) Der Unterstaatssekretär Brandetti befragt auf mehrere Anfragen, daß die Untersuchung in Angelegenheit der von den Geistlichen und Nonnen geleiteten Irrenanstalt in Venedig haarsträubende Dinge zu Tage gefördert habe, und daß es schwachvoll sei, daß man den Nonnen gestatte, solche Anstalten zu halten.

Madrid. (Priv.-Tel.) Der Marineminister erklärte, er beobachtete eine Privatindustrie für den Schiffsbau in's Leben zu rufen, die im Stande sein soll, ein zur Verteidigung der Küsten genügendes Geschwader von Kriegsschiffen zu bauen. Das Marinebudget soll zu diesem Zweck erhöht werden. — Aus Tangier wird gemeldet, daß der Präfekt sich immer noch in Tanga befindet, wo er als Herrscher auftritt. Er hat sich des Schicksals der Geschäfte und der Waffeneinlieferung bemächtigt, erhebt Abgaben und will die Armeen des Sultans angreifen, sobald er Verstärkungen erhalten hat.

London. Das Mitglied des Unterhauses Harry Mac Calmont ist heute Vormittag plötzlich gestorben.

Katanzaro. (Priv.-Tel.) Heute früh wurden hier zwei ziemlich starke Erdbeben verspürt, die aber keinen Schaden anrichteten.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Fondsbörse zeigte heute infolgedessen ein völlig verändertes Bild, als an die Stelle der bisherigen Auflosigkeit ein lebhafteres Geschäft getreten war; hieran waren die Platzspeculation und das Privatkapital in gleicher Weise betheilig. Als Anregung für die vom Eisenaktienmarkt ausgehende

Wena Sie gut und billig essen und trinken wollen, so verlassen Sie nicht, den HIRSCH am Rauchaas, W. Weber-Kasernen-Beleuchtungs-Genossenschaft, zu besuchen.